Marian Wojciechowski

Die deutsche Minderheit in Polen (1920–1939)

1. Rahmbedingungen und Organisationsformen

Polen hatte 1918 seine Unabhängigkeit zurückgewonnen. In dem wiedererrichteten Staat, dessen Grenzen im Westen und Norden durch den Versailler Vertrag und im Osten durch den Rigaer Vertrag mit Sowjet-Rußland (1921) festgelegt worden waren, lebten zahlreiche Deutsche. Bisher waren sie Untertanen der k.u.k. Monarchie¹, des Kaiserreichs Rußland² oder des Deutschen Reichs gewesen. Die Letztgenannten lebten nach 1920 im sogenannten ehemaligen preußischen Teilungsgebiet (in Oberschlesien³, Großpolen und Pommerellen) und waren bis zu dem Augenblick, als der Versailler Vertrag in Kraft trat, Staatsvolk gewesen; zudem verfügten sie über ein beträchtliches Wirtschaftspotential. Diese Deutschen wurden sozusagen über Nacht zu einer nationalen Minderheit⁴, was nicht ohne Auswirkung auf ihre Einstellung zu dem neu geschaffenen Staat bleiben konnte. Richard Breyer sah das folgendermaßen: „Eine Irredenta-Politik lag hier nahe. Angesichts des Versailler Unrechts konnte die Vorstellung aufkommen, daß man zu einer solchen Politik geradezu verpflichtet war. Zudem hatte die Entdeutschungspolitik in den Westgebieten das Einleben der Deutschen derart erschwert, daß die Erwartung einer Bejahung des Staates zunächst eher einer Zumutung gleichkam“.⁵

Die vorliegende Publikation ist u.a. der Darstellung der Politik gewidmet, wie sie die polnischen Behörden gegenüber der deutschen Minderheit in den ehemals zum Deutschen Reich gehörenden Gebieten anwandten, insbesondere in den Kreisen, die seit 1920 unmittelbar jenseits der Ostgrenze des Reiches lagen.

Im Deutschen wurde die oben beschriebene Einstellung der deutschen Minderheit – namentlich nach 1933 – als Volkstumskampf bezeichnet, im Polnischen sprach man von Grenzkampf. Mit beiden Bezeichnungen wird die Einstellung der Deutschen, die polnische Staatsbürger geworden waren, und die Einstellung der Polen, die jetzt Angehörige des Staatsvolkes waren, mystifiziert; denn unbeschadet der irredentistischen Einstellung der deutschen Bevölkerung auf ehemaligem Reichsgebiet und unbeschadet einer polnischen Politik, die alle Zeichen einer nationalen Unterdrückung trug, doch auch die Irredenta bekämpfte, lebten Polen und Deutsche einträchtig nebeneinander, wie unberührt vom Volkstumskampf, den deutsche Minderheitsorganisationen propagierten, und gleichsam unabhängig vom Grenzkampf, den die polnischen Behörden führten und polnische nationalistische Organisationen ausriefen. Ähnlich hatte in diesen Gebieten der Alltag der Deutschen und Polen vor 1914 ausgesehen, nur unter anderem Vorzeichen, als die auf Bismarck zurückgehende Germanisierungspolitik des preußischen Staates das

¹ Das betraf diejenigen Deutschen, die im ehemaligen Galizien und Teschener Schlesien lebten, wobei Galizien ganz und das ehemalige österreichische Schlesien (um Bielitz) nur teilweise zu Polen gehörte.

² Im ehemaligen Kongreß- oder Russisch-Polen und östlich davon in dem durch den Rigaer Vertrag an Polen gefallenem Gebiet (hauptsächlich in Wolhynien).

³ In der polnischen Historiographie wird anders als in der deutschen der Begriff „preußisches Teilungsgebiet“ auch auf Oberschlesien angewandt, das bereits vor der ersten Teilung Polens zu Preußen gehört hatte.

⁴ Richard Breyer, *Das Deutsche Reich und Polen 1932–1937. Außenpolitik und Volksgruppenfragen*, Würzburg 1955, S. 58.

⁵ Breyer, wie Anm. 4.

Zusammenleben beider Völker vergiftete. Sie lebten vor dem Ersten Weltkrieg und nach dessen Ende innerhalb einem Staatsverbandes: zunächst im preußischen, dann im polnischen; sie lebten nicht nur nebeneinander, sondern auch miteinander, und das Resultat dieser Osmose waren unter anderem zahlreiche Mischehen.

An der Schwelle der zwanziger Jahre und damit auch zur zwanzigjährigen Zwischenkriegszeit setzte der Prozeß ein, in dessen Verlauf die polnische Gesellschaft in einem Staatsorganismus zusammenwuchs. Die Polen, die seit mehr als einhundert Jahren in den drei Teilungsstaaten gelebt hatten, befanden sich nun in einem Staat, der ihr eigener war. Doch die Unterschiede, die diese „drei polnischen Gesellschaften“ anfangs trennten, waren gewaltig. Sie betrafen sowohl den Entwicklungsstand der Wirtschaft in den ehemaligen Teilungsgebieten als auch die dort vorherrschenden Mentalitäten und Lebensauffassungen. Der Prozeß, in dessen Verlauf die „drei Gesellschaften“ zusammenwuchsen, vollzog sich vor allem durch eine Beteiligung der Polen am eigenen staatlichen Leben: durch eine Teilnahme am politischen Leben auf allen Ebenen, durch den Wehrdienst in der polnischen Armee und durch den Besuch der polnischen Schule. Kurz vor dem Zweiten Weltkrieg war der Prozeß, der die Polen aus den drei ehemaligen Teilungsgebieten integrierte, bereits beträchtlich vorangeschritten.

Kann man von einem analogen Integrationsprozeß der deutschen Minderheit in Polen sprechen, d. h. jener Deutscher, die auf ehemals russischem, österreichischen und preußischem Gebiet lebten? Ja, man kann es, wenn auch in einem völlig anderen Sinn als bezüglich der Polen.

Der bereits erwähnte Richard Breyer versteht diesen Prozeß als einen Übergang vom Stadium der „Minderheit“ zum Stadium der „Volksgruppe“⁶, die sich auf einer höheren Stufe des Nationalbewußtseins befinden sollte (was vor allem für die Deutschen in ehemals Russisch-Polen gegolten hätte). Unserer Meinung nach läßt sich das Problem des Nationalbewußtseins einer Gruppe, die als Minderheit unter einer andersnationalen Mehrheit lebt, nicht stadial in dem Sinne auffassen, daß man das Stadium der „Volksgruppe“ als etwas Höheres und Besseres als das der „Minderheit“ ansieht. Wir meinen des weiteren, daß der Prozeß, in dem jene „drei Minderheiten“ zu einer deutschen Minderheit zusammenwuchsen, und der kurz vor Beginn des Zweiten Weltkrieges zweifellos weit vorangeschritten war, einerseits darin bestand, daß die Andersartigkeit des politischen und sozialen Lebens der Deutschen, die vor 1914 im Kaiserreich Rußland, in Österreich und *nota bene* im Deutschen Reich gelebt hatten, immer geringer wurde, andererseits aber auch darin, daß alle Deutschen von einer bis zu einem gewissen Grad einheitlichen polnischen Minderheitenpolitik betroffen waren. Sie machte in der Tat einen Integrationsfaktor *sui generis* aus. Hinzu kamen als ein weiterer Faktor die Bemühungen der Reichsregierungen, aber auch eines Teils der deutschen Minderheitsführer, alle Deutschen in Polen in einem einheitlichen Organisationsrahmen zusammenzufassen. Diese Bestrebungen, die nach 1933 unternommen wurden, zeitigten einen gewissen Erfolg, wenn auch das angestrebte Ziel nicht erreicht wurde. Wir denken hier vor allem an die Schritte der im Teschener Schlesien beheimateten nationalsozialistischen Jungdeutschen Partei (JDP). Davon wird des weiteren noch die Rede sein, doch sei hier bereits angemerkt, daß die JDP zwar aus dem früher österreichischen Teschener Schlesien stammte, die Zentren des politischen Lebens der Deutschen in Polen aber in den in Versailles abgetretenen preußischen Gebieten lagen, vor allem in Bromberg [Bydgoszcz], Posen [Poznań] und in Oberschlesien.

⁶ Breyer, wie Anm. 4, S. 38.

Unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkriegs kam es zum Exodus der Deutschen aus den Gebieten, die nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags an Polen fallen sollten. Dieser Exodus betraf nicht den Teil Oberschlesiens, der 1921 Polen zugesprochen wurde; er beschränkte sich einzig und allein auf die ehemalige Provinz Posen und den Teil der früheren Provinz Westpreußen, der an Polen gefallen war. Hermann Rauschning veröffentlichte zu diesen Fragen ein Buch, dem er den Titel „Die Entdeutschung Westpreußens und Posens“⁷ gab. Und bei diesem Begriff ist es auch geblieben; in der Fachliteratur sprechen wir vom Entdeutschungsprozeß in Posen und Pommerellen.

Rauschnings Buch war ein Instrument im politischen Kampf. Er wollte mit seiner Analyse zeigen, daß der Abfluß der Deutschen aus den alten preußischen Provinzen generell das Resultat der für die Deutschen ungünstigen Bestimmungen des Versailler Vertrags, insbesondere aber der nachdrücklichen Polonisierungsbestrebungen der polnischen Behörden gewesen sei. Beide Faktoren zusammengenommen sollten vor allem in den Jahren 1919-1926 die Entdeutschung bewirkt haben, wobei dieser Prozeß im letztgenannten Jahr dann praktisch abgeschlossen gewesen sei.

Von den Bestimmungen des Versailler Vertrags, die auf den Auszug der Deutschen Einfluß hatten, wird weiter unten noch die Rede sein. Es unterliegt auch keinem Zweifel, daß die Politik der polnischen Behörden in den ersten Jahren der Existenz des neuen Staates (namentlich ab Ende 1920) durchaus dazu beitrug, die Anzahl der Deutschen zu erhöhen, die aus Polen fortzogen. Aber es besteht ebenso wenig ein Zweifel daran, daß die stärkste Abwanderungsbewegung in den Jahren 1919 und 1920 zu verzeichnen war, insbesondere in dem erstgenannten Jahr. Das scheint auf einen spontanen Verlauf der Entdeutschung zu ihrem Beginn hinzudeuten, also zu einer Zeit, als sich die diesem Prozeß höchst förderliche polnische Politik noch nicht hatte herausbilden können, und – das betrifft das Jahr 1919 – die internationalen Entscheidungen (der Versailler Vertrag) entweder noch gar nicht gefallen oder noch nicht in Kraft getreten waren.

Rauschning stützte seine Darstellung der Entdeutschung auf eine statistische Analyse, die auf den Ergebnissen der Volkszählung in Preußen von 1910, der polnischen Volkszählung von 1921 und einer privaten Zählung der in Posen und Pommerellen verbliebenen Deutschen aus dem Jahre 1926 beruht. Letztere hatte die deutsche Fraktion im Sejm durchführen lassen. Rauschnings Ansicht nach waren die Angaben aus allen drei Zählungen vergleichbar, eine Ansicht, die keinen Zweifel weckt.

Die Ergebnisse der drei genannten Volkszählungen, die den Verlauf der Entdeutschung in Westpreußen und im Posenschen in absoluten und in Prozentzahlen zeigen, sind folgende⁸:

⁷ Hermann Rauschning, *Die Entdeutschung Westpreußens und Posens. Zehn Jahre polnischer Politik*, Berlin 1930. Der Posener Wojewode schrieb in seinem Lagebericht für November 1922, daß das Leitmotiv von Rauschnings Vortrag auf einer Veranstaltung des Deutschtumsbundes gewesen sei, sämtliche polnischen Annäherungsversuche entschieden abzuwehren. „[Die Deutschen sollten] stolz auf ihr Deutschtum sein, da sie auf diesem Boden die eigentlichen Hausherrn sind“ [Dokument Nr. 210].

⁸ Rauschning, wie Anm. 7, S. 339 ff.

Zahl der Deutschen			Deutsche in %			Abnahme	
1910	1921	1926	1910	1921	1926	insgesamt	in %
<i>Westpreußen</i>							
1. Pommerellen							
421 033	175 726	117 251	42,5	18,7	12,5	303 782	72,2
2. Bromberg							
314 646	162 022	107 345	45,2	24,1	16,0	208 301	66,0
<i>Posen</i>							
363 693	165 824	116 909	28,7	12,8	9,0	246 764	67,9

Eine Analyse dieser Tabelle führt zu dem Ergebnis, daß die größte absolute und prozentuale Bevölkerungsabnahme unter den Deutschen zwischen 1910 und 1921 stattfand, d. h. selbstverständlich beginnend ab Ende 1918 bis zum Jahr 1921. Die Abwanderungssteigerung in den *drei* Jahren 1918–1921 war wesentlich intensiver als in den nachfolgenden *fünf* Jahren 1922–1926. Mit anderen Worten, der Auszug der Deutschen aus Pommerellen und dem Posenschen erfolgte in seinem absoluten Ausmaß unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkriegs parallel zum faktischen Verlust (im Posenschen infolge des Posener Aufstands 1918/19) und dem vorauszusehenden Verlust (wie im Falle Pommerellens 1920) der Herrschaft des Reiches über diese Gebiete. Eben dieser faktische bzw. vorauszusehende Stand der Dinge verursachte den Exodus der Deutschen in jenem ersten Zeitraum. Die Abwanderung ins Reich in den Jahren 1922–1926 war die Fortsetzung dieses Prozesses, wobei der sich verstärkende Druck der polnischen Politik in Richtung Entdeutschung keinen Einfluß auf dessen Intensität besaß. Insgesamt gesehen läßt sich jener Prozeß mithin als Resultat vor allem eines Nichteinverständenseins der Abwanderer mit dem vorauszusehenden oder faktischen Verlust der Herrschaft des Reiches über die genannten Gebiete ansehen, also als fehlende Zustimmung zum Status einer nationalen Minderheit.

Die Abnahme der deutschen Bevölkerung in Pommerellen und im Posenschen war insgesamt in den Jahren 1918/19–1926 sehr bedeutend. Im Falle Pommerellens überstieg sie zwei Drittel (72%) und im Falle Posens bewegte sie sich um diese zwei Drittel (67,9%). Noch krasser trat dieser Prozeß im Fall der drei größeren Städte Thorn (92,6%), Bromberg (85,2%) und Posen (90,8%) hervor. Diese Städte, die mit Ausnahme Posens vor 1914 mehrheitlich deutsche Städte gewesen waren, wurden nun Städte mit einer bei weitem überwiegenden polnischen Einwohnerschaft. Zweifellos stand also die polnische Minderheitenpolitik gegenüber den Deutschen im Ergebnis des Entdeutschungsprozesses – ohne genaue Gewichtung seiner Ursachen: spontane Reaktion auf die Bedrohung der Herrschaft Deutschlands im Osten nach einem verlorenen Krieg (das Resultat von Versailles) oder auch die Maßnahmen der polnischen Behörden – vor einer wesentlich leichteren Aufgabe; hatte sie es doch (vor allem nach 1926) mit einer wesentlich kleineren Zahl von Deutschen zu tun, als man in den kühnsten Prophezeiungen hatte annehmen können.

Betrachten wir noch einmal die Resultate des Entdeutschungsprozesses in den uns interessierenden drei Grenzkreisen, in Zempelburg, Graudenz (Landkreis) und Neutomischel:

Zahl der Deutschen			Deutsche in %			Abnahme	
1910	1921	1926	1910	1921	1926	insgesamt	in %
Zempelburg/Sępólno Krajeńskie							
21 554	13 430	10 866	70,6	49,2	39,0	10 688	49,6
Graudenz (Landkreis)/Grudziądz (powiat)							
28 698	14 459	9 317	58,9	33,2	21,4	19 381	67,3
Neutomischel/Nowy Tomyśl							
27 247	18 233	14 801	53,1	36,2	29,4	12 446	45,7

Der prozentuale Anteil der deutschen Bevölkerung lag in diesen drei Kreisen 1926 höher als der Durchschnitt, der aus der ersten Tabelle hervorgeht. Erinnern wir noch einmal daran, daß die Deutschen 1926 in Pommerellen 12,5 Prozent und im Posenschen 9,0 Prozent ausmachten, während sie im selben Jahr im Kreis Zempelburg 39,0 Prozent, in Neutomischel 29,4 Prozent der Gesamtbevölkerung stellten. Die polnische Minderheitspolitik in diesen drei Kreisen und das tägliche Leben der dortigen Deutschen sind Gegenstand unserer Quellenedition nicht allein aus diesem Grunde, sondern auch deswegen, weil der Zustand, in dem das Archivmaterial erhalten ist, eine breite Exposition dieser Probleme ermöglicht. Es sei noch hinzugefügt, daß – hier einmal abgesehen vom Stadtkreis Bielitz – der höchste Prozentsatz an deutscher Bevölkerung in allen polnischen Kreisen zwischen 1920 und 1939 gerade im Kreis Sępólno Krajeńskie zu verzeichnen ist.

*

Im Versailler Vertrag, der am 10. Januar 1920 in Kraft trat, trat Deutschland an Polen 49 909,5 m² seines Gebietes ab⁹. Der Vertrag sah außerdem eine Volksabstimmung im Ermland und in Masuren am 11. Juli 1920 sowie in Schlesien vor. Art. 91 des Versailler Vertrags betraf die Staatsangehörigkeit und die Option, Art. 92 erkannte Polen das Recht auf Einziehung des Eigentums deutscher Staatsangehöriger zu, während Art. 93 Polen verpflichtete, mit den alliierten und assoziierten Hauptmächten einen Vertrag zum Schutz der nationalen Minderheiten abzuschließen¹⁰.

Die rechtliche Lage der deutschen Minderheit in Polen wurde durch den Versailler Vertrag und den eben erwähnten Minderheitenschutzvertrag geregelt, der alle nationalen Minderheiten in Polen betraf. Im Falle der Deutschen bestand das Wesen dieser Regelungen zum großen Teil in den Bedingungen, unter denen sie die polnische Staatsbürgerschaft erlangen konnten. Deutsche, die das wünschten und die zumindest zwischen 1908 und 1920 in dem an Polen abgetretenen Gebiet gelebt hatten, konnten sie erhalten¹¹. Das Gegenstück zur Gewährung der polnischen Staatsbürgerschaft war das Recht, zugunsten Deutschlands zu optieren, d. h. die Reichsbürgerschaft zu behalten. Das Problem bestand darin, daß die Option im Versailler Vertrag etwas anders geregelt war als im Minderheitenschutzvertrag. Ohne hier detailliert auf sämtliche Unterschiede einzugehen, kann man sagen, daß sie in Berlin und Warschau verschieden interpretiert wurden. Dieser Unterschied bestand in der Einengung oder Erweiterung des Personenkreises, der

⁹ Boleśław Olszewicz, *Obraz Polski dzisiejszej* [Das Bild des heutigen Polens], Warszawa 1938, S. 30

¹⁰ Jerzy Krasuski, *Stosunki polsko-niemieckie 1919–1932* [Die deutsch-polnischen Beziehungen 1919–1932], 2. Aufl. Poznań 1975, S. 40 f.

¹¹ Das folgende nach Krasuski, wie Anm. 10, S. 117 ff.

das Recht auf Option zugunsten Polens erhalten sollte. Außerdem war strittig, ob im Falle der Beibehaltung der Reichsbürgerschaft das Verlassen polnischen Staatsgebietes innerhalb von zwei Jahren nach Inkrafttreten des Versailler Vertrages, d.h. bis zum 10. Januar 1923 obligatorisch (Warschauer Interpretation) oder freiwillig (Berliner Interpretation) erfolgen sollte. Die Begriffe „obligatorisch“ oder „freiwillig“ schufen geradezu ein unbegrenztes Interpretationsfeld und ermunterten zum politischen Kampf, der von Berlin vor das Forum des Völkerbunds getragen wurde.

Die Berliner Interpretation erfolgte in der Absicht, den Auszug der Deutschen aus den ehemaligen preußischen Provinzen, mithin die Welle der Entdeutschung, aufzuhalten. Die polnischen Interpretationsbemühungen zielten naturgemäß in die entgegengesetzte Richtung. Der Streit endete mit der deutsch-polnischen Wiener Konvention, die unter dem Patronat des Völkerbunds am 30. August 1923 abgeschlossen wurde. Ohne auch hier auf Einzelheiten einzugehen, läßt sich soviel sagen, daß nach ihren Bestimmungen Deutsche, die im Rahmen der Entdeutschung (also ohne irgendwelche völkerrechtlichen Regelungen) Polen verlassen hatten, damit zugleich auch für Deutschland optiert hatten. Die Konvention sah weiter vor, daß die polnischen Behörden das Recht hatten, von denjenigen das Verlassen Polens zu fordern, die für Deutschland optiert hatten. Das war zweifellos ein Erfolg der polnischen Seite, doch angesichts der Verhandlungen über den Vertrag von Locarno stellte Polen im Oktober 1925 die Abschiebung der Optanten ein [Dokument Nr. 57].

Das Optantenproblem war im Grunde genommen „viel Lärm um nichts“; denn im Vergleich zu den Hunderttausenden von Deutschen, die im Rahmen der Entdeutschung Polen verlassen hatten, war der Personenkreis, der im Rahmen der Option nach Deutschland ging oder abgeschoben wurde, eine *Quantité négligeable*. Insgesamt handelte es sich um etwa 30 000 Deutsche¹². Eine erhebliche, doch schwer zu bestimmende Anzahl von Optanten, die jedoch gewiß nicht geringer war als die Zahl derer, die weggingen, blieb in Polen. Zusammen mit der großen Menge derer, die für Polen optiert hatten, bildeten sie praktisch die deutsche nationale Minderheit. Etwas anders sah es in Schlesien aus; hier wurden im Abstimmungsgebiet (also in Deutschland und in Polen) die Fragen der deutschen Minderheit und entsprechend der polnischen Minderheit von der Genfer Konvention für Oberschlesien geregelt.

Der erwähnte Minderheitenschutzvertrag¹³ (der für das Deutsche Reich nicht galt) gab den nationalen Minderheiten in Polen „gleiche Rechte“, d. h. solche Rechte, die allen polnischen Staatsbürgern zustanden. Darüber hinaus gewährte er den Minderheiten besondere Vergünstigungen, wie das Recht auf Gebrauch der Muttersprache vor Gericht (aber nicht im Behördenverkehr) und sicherte ihnen endlich auch das Recht zu, Privatschulen, Erziehungsanstalten, Wohltätigkeitsvereine oder gesellschaftliche Organisationen zu gründen, d. h. er gab den Minderheiten das Vereinigungsrecht. Polen verpflichtete sich, den Kindern in den Volksschulen den Unterricht in ihrer Muttersprache zu erleichtern, jedoch bei obligatorischem Polnischunterricht (als Fremdsprache). In den Gebieten, die vor 1920 zum Deutschen Reich gehört hatten, sollten dort eigene deutsche Klassen oder Schulen errichtet werden, wo eine entsprechende Zahl von deutschen Kindern vorhanden war.

All das wurde für Schlesien in der genannten Genfer Konvention abweichend geregelt.

¹² Krasuski, wie Anm. 10, S. 130.

¹³ Krasuski, wie Anm. 10, S. 149 ff.30.

Im September 1934 „entzog sich [Polen im Völkerbund] jeglicher Zusammenarbeit mit den internationalen Organen bezüglich einer Kontrolle der Anwendung des Minderheitenschutzsystems durch Polen“ bis zur Einführung eines allgemeinen und einheitlichen Minderheitenschutzes. Praktisch bedeutete das eine Aufkündigung des „Minderheitenschutzvertrages“¹⁴. Auf die Lage der deutschen Minderheit in Polen hatte dieser Schritt keine Auswirkungen; es hörten lediglich die Klagen der deutschen Minderheitenorganisationen im Völkerbund auf. Die Lage der deutschen Minderheit wurde von der alltäglichen politischen Praxis der polnischen Verwaltung geregelt. Sie läßt sich sowohl für die Zeit vor als auch nach 1934 in der vorliegenden Dokumentensammlung verfolgen. Diese Praxis war variabel. Man hielt sich im Prinzip an die Verfassung¹⁵, an den Minderheitenschutzvertrag oder an die Genfer Konvention, konnte aber von diesen Vereinbarungen erheblich abweichen, vor allem zum Nachteil, in weitaus weniger Fällen zum Vorteil der Betroffenen. Derartige Schwankungen waren vor allem vom aktuellen Stand der deutsch-polnischen Beziehungen abhängig.

Besonderen Charakter besaß die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit in Oberschlesien. Diesen Charakter bestimmte nicht nur das ausnehmend industrielle Profil dieser Region, sondern auch seine turbulente Geschichte unmittelbar nach Beendigung des Ersten Weltkriegs, aber auch die zusätzlichen, im übrigen Polen nicht gültigen internationalen Verpflichtungen in Gestalt der bereits mehrfach erwähnten Genfer Konvention, die der deutschen Minderheit eben besondere Berechtigungen zusicherte. Artikel 88 des Versailler Vertrages sah in Oberschlesien die Durchführung einer Volksabstimmung vor, wobei Deutschland sich verpflichtete, zugunsten Polens auf den Teil des Abstimmungsgebiets zu verzichten, der Polen zufallen sollte¹⁶. Einige Wochen nach Unterzeichnung des Versailler Vertrages (August 1919) brach in Schlesien ein Aufstand aus, ein Jahr später (August 1920) der zweite Schlesische Aufstand. Mit ihnen war beabsichtigt, sich *manu militari* ein für die polnische Seite möglichst günstiges Ergebnis der kommenden Volksabstimmung zu sichern; sie waren ein Protest gegen die Maßnahmen der sich zum Plebiszit rüstenden deutschen Verwaltung, darunter des Grenzschutzes, aber auch der deutschen paramilitärischen Freiwilligenverbände. Beide Aufstände blieben militärisch erfolglos, trugen aber dazu bei, die Lage der polnischen Bevölkerung in Oberschlesien vor dem Plebiszit zu verbessern.

¹⁴ Stanisław Sierpowski, *Źródła do historii powszechnej okresu międzywojennego* [Quellen zur allgemeinen Geschichte der Zwischenkriegszeit], Bd. II: 1927–1934, Poznań 1992, Dokument 290, S. 549 ff. – Der Zeitpunkt der Aufkündigung des Minderheitenschutzvertrages war gut gewählt. Im Oktober 1933 war das Deutsche Reich aus dem Völkerbund ausgetreten, und 1934 hielten noch die Flitterwochen des deutsch-polnischen Zusammengehens nach Unterzeichnung der Nichtangriffserklärung im Januar d. J. an. Man konnte also damit rechnen, daß von seiten Berlins nicht reagiert wurde. – 1934 wurde die UdSSR in den Völkerbund aufgenommen, und Polen hatte ihren Antrag unterstützt. Diese Unterstützung für die UdSSR stellte einen Schutzschirm dar, um die Angelegenheiten der ukrainischen und weißrussischen Minderheit in Polen der Vormundschaft des Völkerbundes zu entziehen; denn die Ukrainische SSR und die Weißrussische SSR waren berechtigt, Fragen, die „ihre“ Minderheiten betrafen, vor das Forum des Völkerbundes zu bringen.

¹⁵ In der Verfassung vom 17. März 1921 und in der Verfassung vom 23. April 1935 waren die Rechte der Minderheiten in gleichlautender Weise garantiert.

¹⁶ Krasuski, wie Anm. 10, S. 46.

Die Volksabstimmung fand am 20. März 1921 auf einer Gebietsfläche von 11 008 km² statt. Für einen Verbleib Oberschlesiens beim Reich stimmten 59,7 Prozent, für einen Anschluß an Polen 40,3 Prozent. Die Teilung des Abstimmungsgebiets zwischen Deutschland und Polen sollte der Oberste Alliierte Rat vornehmen. Der dritte Schlesische Aufstand, der in der Nacht vom 2. auf den 3. Mai 1921 ausbrach, sollte vor dieser Entscheidung vollendete Tatsachen schaffen. Mit militärischen Mitteln wurde dieses Ziel zwar nicht erreicht, doch hatte der dritte Aufstand einen für Polen günstigen Einfluß auf die Entscheidung des Obersten Rates vom 20. Oktober 1921. Danach erhielt Polen 29 Prozent des Abstimmungsgebietes zugesprochen, darunter 85 Prozent des dicht besiedelten schlesischen Industriegebietes mit 46 Prozent der Bevölkerung, d. h. mit rund einer Million Menschen. Im polnischen Teil Oberschlesiens lebten 1922 rund 260 000 Deutsche, d. h. annähernd 25 Prozent der gesamten Bevölkerung¹⁷.

Als Ergebnis des dreimaligen bewaffneten Kampfes, der der Teilung Oberschlesiens vorausging, bekam die Lage der deutschen Minderheit in dem Polen zugesprochenen Teil ein besonderes Gepräge, das der Zuspitzung der nationalen Antagonismen sehr förderlich war. So sollte die Genfer Konvention denn auch einer Mäßigung sowohl der polnischen Minderheitenpolitik als auch der deutschen Politik gegenüber den im deutschen Teil Oberschlesiens verbliebenen Polen dienen.

Diese Konvention unterzeichneten Deutschland und Polen am 15. Mai 1922 in Genf. Sie trat am 15. Juni desselben Jahres in Kraft und sollte 15 Jahre lang, also bis 1937 gültig sein. Sie wurde unter der Schirmherrschaft des Völkerbundes geschlossen, der ebenso wie die in der Konvention vorgesehenen gemischten Organe (die Gemischte Kommission in Kattowitz [Katowice] und das Schiedsgericht in Beuthen/OS) bindende schiedsgerichtliche Vollmachten bei Klagen hatte, die einzelne Bürger einreichen konnten. Die Konvention schränkte also Deutschlands und Polens Souveränität in dem von ihren Entscheidungen betroffenen Abstimmungsgebiet ein.

Die Konvention dehnte die Regelung des Minderheitenschutzvertrages auf dieses Gebiet aus. Auf diese Weise band der Vertrag das Deutsche Reich im deutschen Teil Oberschlesiens, aber nur dort. In etwas anderer Weise regelte die Konvention die Optionsfrage. Die Deutschen erhielten im polnischen Oberschlesien die polnische Staatsbürgerschaft automatisch (kraft Geburt oder kraft Wohnens vor 1908 und am Tage des Inkrafttretens der Konvention) und konnten auf sie durch Option verzichten. Optierten sie für Deutschland, konnten sie (mit wenigen Ausnahmen) an ihrem bisherigen Wohnort bleiben, solange die Konvention Gültigkeit hatte. Daher hatten Abschiebungen von Optanten aus Polen bzw. aus Deutschland in Oberschlesien auch keine größere Bedeutung.

Die Genfer Konvention erkannte der deutschen (bzw. der polnischen) Minderheit weitgehende Privilegien im Schulwesen zu, die über die Bestimmungen des Minderheitenschutzvertrages hinausgingen. Artikel 74 sprach den Behörden das Recht ab, die nationale, sprachliche oder religiöse Zugehörigkeit eines Bürgers zu untersuchen, was die Schulkinder vor dem Druck dieser Behörden schützte, falls sie z. B. den Zugang von Kindern zu deutschen Minderheitsschulen beschränkt hätten. Die Konvention sah vor, daß ihre Bestimmungen auf alle Schultypen Anwendung finden sollten (während der Minderheitenschutzvertrag nur die Grundschulen betraf).

Die Konvention sicherte der deutschen Minderheit den Gebrauch der Muttersprache im privaten und öffentlichen Leben in einem größeren Bereich zu als im übrigen Polen.

¹⁷ Krasuski, wie Anm. 10, S. 66.

Und schließlich schränkte die Konvention, wie noch zu zeigen sein wird, Polens Recht auf Liquidation des Eigentums deutscher Bürger ein.

Die Konvention erlosch am 15. Juni 1937. Die Aufkündigung des Minderheitenschutzvertrages (September 1934), von der bereits die Rede war, betraf nicht die polnische Zone des Geltungsbereichs der Konvention. Nach ihrem Erlöschen unterschrieben Deutschland und Polen am 5. November 1937 eine Minderheitenerklärung¹⁸. Sie hatte den Charakter einer Absichtserklärung und sah keine neuen Regelungen vor. Das geschah auf Wunsch der deutschen Seite, die sich damals – 1937 – in ihrer Politik gegenüber den Polen in Deutschland, insbesondere in Oberschlesien, nicht die Hände binden lassen wollte. Die Deutschen hatten ebenfalls, wie zu zeigen sein wird, mit ihrer Minderheit in Polen andere Pläne, die sich in einer Erklärung, die die Genfer Konvention nur unvollständig ersetzt hätte, nicht durchführen ließen.

Zu einer schwerwiegenden Belastung für die deutsch-polnischen Beziehungen wurden, insbesondere in den zwanziger Jahren, die Fälle, bei denen es um den deutschen staatlichen wie privaten Immobilienbesitz ging, darunter Landbesitz und Industrieobjekte in den Gebieten, die Polen zugefallen waren. Hinsichtlich des staatlichen Eigentums (preußischer Fiskus) bestimmte Artikel 256 des Versailler Vertrags, daß das Eigentum des preußischen Fiskus in polnisches Staatseigentum überging, unter bestimmten, hier nicht wesentlichen Bedingungen auch entschädigungslos¹⁹. Für die Lage der deutschen Minderheit war das insofern von Belang, als ein beträchtlicher Teil des ehemaligen preußischen Grundbesitzes von sogenannten Kolonisten genutzt wurde, d. h. von Personen, die seit 1886 von der preußischen Ansiedlungskommission im Rahmen der Eindeutschungspolitik angesetzt worden waren, andere Teile des Bodens befanden sich im Besitz von Domänenpächtern. Die polnischen Behörden waren entschlossen, beide Kategorien der Nutznießung staatlichen Eigentums abzuschaffen. Die „Beziehungen“ zwischen diesen Behörden und den Kolonisten charakterisiert sehr gut ein Teil des Lageberichts des Posener Wojewoden für Juli 1922. Der Wojewode schrieb dort, daß zwei Kolonisten bei Einführung der Zwangsverwaltung des genutzten Grundbesitzes „am 5. VII. den Behörden in Budziski (Oborniki) tätigen Widerstand leisteten und der Kolonist Julius Brunner den Verwalter mit einem Revolverschuß am Kopf verletzte“, und fügt selbst hinzu: „Das ist das Ergebnis, wenn man diese Sache mit Samthandschuhen anfaßt“ [Dokument Nr. 209].

Bezüglich des privaten Immobilienbesitzes erkannte Artikel 297 des Versailler Vertrages Polen als alliierter Staat das Recht zu, „alles Eigentum, alle Rechte und Interessen, die sich am Tage des Inkrafttretens des Vertrages auf deutsche Reichsangehörige beziehen oder auf von ihnen beaufsichtigte Gesellschaften [...] zurückzubehalten und zu liquidieren“²⁰. Diese Bestimmung betraf zwar deutsche Staatsbürger, doch die vom Versailler Vertrag vorgesehene Möglichkeit einer Option zugunsten Polens projizierte den „Liquidationskontext“ auf potentielle polnische Staatsbürger deutscher Abstammung, indem sie ihnen eine derartige Option nahelegte. Im übrigen kam es auch vor, daß Immobilienbesitz eingezogen wurde, der Deutschen gehörte, die bereits die polnische Staatsbürgerschaft besaßen.²¹

¹⁸ Marian Wojciechowski, *Die polnisch-deutschen Beziehungen 1933–1938*, Leiden 1971, S. 333 [= Studien zur Geschichte Osteuropas XII].

¹⁹ Krasuski, wie Anm. 10, S. 136 ff.

²⁰ Krasuski, wie Anm. 10, S. 134 f.

²¹ Krasuski, wie Anm. 10, S. 320.

Die Einziehung von Privatbesitzes erfolgte gegen Entschädigung, was sich angesichts fehlender finanzieller Mittel naturgemäß auf ihren Umfang auswirken mußte. Es sei daran erinnert, daß die Genfer Konvention das Liquidationsrecht einschränkte; das betraf Industriebesitz (im Prinzip nach Ablauf von 15 Jahren, d. h. nach Erlöschen der Konvention), aber auch Grundbesitz, obwohl in diesem Fall relativ zahlreiche Ausnahmen vorgesehen waren.²²

Nach unvollständigen Angaben wurden (ohne Oberschlesien) in den zwanziger Jahren 170 590 ha Grundbesitz eingezogen; in den Händen deutscher Staatsbürger verblieben 24 330 ha²³.

Der deutsch-polnische Liquidationsvertrag, der am 31. Oktober 1929 in Warschau unterzeichnet wurde, beendete die Fälle von Liquidationen des Eigentums deutscher Bürger. Beide Regierungen verzichteten darin auf sämtliche finanziellen und Vermögensansprüche, die sich aus dem Krieg oder dem Versailler Vertrag ergaben und die von einem der Vertragsstaaten oder seinen Bürgern geltend gemacht worden waren²⁴. Der gegenseitige Verzicht auf diese Ansprüche resultierte aus der Annahme einer sogenannten Null-Option.

Der Versailler Vertrag, der Minderheitenschutzvertrag, die Genfer Konvention und auch das Liquidationsabkommen waren demnach die Grundnormen völkerrechtlichen Charakters, die den Status der deutschen Minderheit in Polen regelten. Im innerstaatlichen Recht war dieser Status durch die Verfassungen von 1921 und 1935 garantiert.

Alle diese rechtlichen Regelungen bildeten den Bezugsrahmen für die tägliche politische Praxis der polnischen Behörden im Umgang mit der deutschen Minderheit. Ihre Zahl in ganz Polen veränderte sich nach dem Ende des Exodus der Deutschen (1926) nicht mehr wesentlich. Die polnische Volkszählung von 1931 ergab 741 095 Personen, die sich zur deutschen Nationalität bekannten²⁵. Diese Angabe lag zweifellos zu niedrig. Nach einer privaten Schätzung von Friedrich Heidelck betrug die Anzahl der Deutschen in Polen 1 128 000 (1928), nach einer Schätzung von Viktor Kauder waren es 1 030 000 (1938). Man kann annehmen, daß sich die Zahl der Deutschen in Polen nach 1926 um etwa eine Million bewegte, wovon im ehemals preußischen Gebiet 505 000 (49%), im ehemals russischen Teil 415 000 (40%) und im ehemals österreichischen Gebiet 110 000 (11%) lebten. Der Schwerpunkt der polnischen Politik gegenüber der deutschen Minderheit lag im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet. Es machte lediglich 11 Prozent des damaligen polnischen Staatsgebietes aus²⁶ (hier lebten 49% aller Deutschen), während es im Falle des ehemaligen russischen Teilungsgebietes 69 Prozent waren. Dort lebten verstreut (mit Ausnahme von Lodz und Umgebung) 40 Prozent Deutsche mit polnischer Staatsbürgerschaft.

Diese Deutsche waren seit eh und je eine nationale Minderheit gewesen, zuerst im Kaiserreich Rußland, und nun in Polen, während die Deutschen im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet – wie bereits erwähnt – erst nach 1918 zu einer Minderheit wurden. In den ersten Jahren nach dem Ersten Weltkrieg unterhielten die dort verbliebenen Deutschen zahlreiche enge Bindungen zum Reich. In den hier veröffentlichten Quellen kann

²² Krasuski, wie Anm. 10, S. 70.

²³ Krasuski, wie Anm. 10, S. 318.

²⁴ Krasuski, wie Anm. 10, S. 327.

²⁵ Das folgende nach Otto Heike, *Das Deutschtum in Polen 1918–1939*, Bonn (1955), S. 304 ff.

²⁶ Marian Wojciechowski, *Okiem historyka*. Warszawa-Berlin-Bonn [Aus der Sicht eines Historikers. Warschau-Berlin-Bonn], Łódź 1989, S. 245.

man den „Abnabelungsprozeß“ beobachten, den schwierigen Abbruch direkter Verbindungen mit dem Reich und den Übergang zum Minderheitsstatus. Das illustriert die Tätigkeit des Deutschtumsbundes zur Wahrung der Minderheitenrechte in Polen, den die polnischen Behörden 1923 auflösten [Dokumente Nr. 75, 53, 55]. In diesen ersten Jahren reagierten die polnischen Behörden energisch, ja man könnte sagen allergisch. Im April 1923, kurz vor Auflösung des Deutschtumsbundes kündigte der damalige polnische Ministerpräsident Władysław Sikorski während eines Aufenthaltes in Posen eine „prinzipielle Wende im Verhältnis zu der bislang mit Nachsicht behandelten deutschen Minderheit“ an [AP Poznań, UWP, 5582, Lagebericht für April 1923]. Die Bedeutung dieser Ankündigung Sikorskis würdigte der bereits genannte Hermann Rauschnig gebührend in einer längeren Ausführung. Ihm zufolge hatte Sikorski auch gesagt, daß der Stärkere immer Recht habe und die Hoffnung geäußert, daß der Entdeutschungsprozeß in Polens westlichen Wojewodschaften bald zum Abschluß kommen würde²⁷. Doch noch zwei Jahre vor dieser – im übrigen nur kurz andauernden – Wende hatte es eine dynamische Polonisierungsaktion des Verwaltungsapparats gegeben. Der Posener Wojewode hatte in einem Runderlaß vom 9. Februar 1921 die Entlassung deutschstämmiger Kommunalbeamter angeordnet, doch bereits im darauffolgenden Mai die ihm unterstehenden Ämter ermahnt, daß die deutsche Abstammung der betroffenen Beamten nicht als Entlassungsgrund angegeben werden dürfte [AP Poznań, St. Pow. N. Tom., 112]. Die generell ablehnende, mitunter sogar offen feindselige Haltung der deutschen Minderheit im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet gegenüber dem polnischen Staat einerseits, andererseits eine polnische Politik, welche die Entdeutschung und den Abbruch direkter Verbindungen dieser Minderheit zum Reich unterstützte, verschärften die nationalen Antagonismen, die *via facti* durch den Abfluß der Deutschen ins Reich hätten gemildert werden können. Doch von Anfang an, seit Inkrafttreten des Versailler Vertrages, war die Lage der deutschen Minderheit eine Funktion der deutsch-polnischen Beziehungen auf Regierungsebene. Die Skala der Abhängigkeiten dieser Lage der Minderheit von der Temperatur der Beziehungen zwischen Berlin und Warschau war unterschiedlich. In den dreißiger Jahren wirkte sich die entspannte Atmosphäre infolge der im Januar 1934 unterzeichneten Nichtangriffserklärung positiv auf die Situation der deutschen Minderheit in Polen aus, aber auch die deutsche Politik, die sich die Deutschen in Polen unterordnete, beabsichtigte, sie als Instrument der Reichspolitik gegenüber Polen einzusetzen. Die Gründe, aus denen es nicht dazu kam, werden weiter unten gezeigt, doch diese Instrumentalisierung hatte wiederum Einfluß auf die polnische Minderheitspolitik. Das Ergebnis war ein Teufelskreis, aus dem es kein Entrinnen gab. In einem wesentlich geringeren Grade war, wie es scheint, die Lage der deutschen Minderheit in Polen von der Lage der polnischen Minderheit in Deutschland abhängig und umgekehrt. Spuren dieser Abhängigkeit finden sich in den Quellen, insbesondere in den Grenzkreisen [Dokument Nr. 352]. Ein weiteres Beispiel für diese Abhängigkeit kann eine Weisung des polnischen Innenministers an die Wojewoden sein, die 1936 in der Kreisstaroste in Graudenz einging – zu einem Zeitpunkt, als sich die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit verschärfte. Dabei sollten die vermehrten Repressionen gegenüber den Deutschen (was man elegant „Rückkehr zu den Statutennormen“ nannte) „entschieden auf dem Recht beruhen, um Rückwirkungen auf das Leben der Polen in Deutschland zu vermeiden“ [Dokument Nr. 66].

²⁷ Rauschnig, wie Anm. 7, S. 169 f.

Es sei daran erinnert, daß die in vorliegender Veröffentlichung exponierten Grenzkreise diese Rolle erst seit kurzem spielten. Polen wie Deutsche, die dort nach 1920 lebten, hatten vorher im Deutschen Reich gewohnt und waren durch keine Staatsgrenze getrennt gewesen. Diese Trennung erfolgte 1920 (etwas später in Oberschlesien), doch die zahlreichen Bindungen blieben bestehen. Die Deutschen in Polen wurden, wie erwähnt, zu einer nationalen Minderheit, die Polen in Deutschland blieben es weiterhin – mit dem Unterschied allerdings, daß es nun einen polnischen Staat gab.

Die Polen im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet waren nach 1920 Staatsnation. Das hob sicherlich in erster Linie das Selbstbewußtsein der Verwaltung, half aber auch, bei der Beseitigung der Folgen der deutschen Herrschaft in diesem Gebiet eine harte Politik zu begründen. Der Wojewode von Pommerellen schrieb 1925 in seinem Lagebericht, „man [d. h. die örtlichen Deutschen – M.W.] spricht weiterhin von Unmenschlichkeit, Brutalität und Gewalt von seiten der polnischen Behörden und vergißt dabei, daß in den Fällen, wo diese Behörden wiederholt gezwungen sind, gegenüber der deutschen Minderheit energische Mittel anzuwenden, es sich nur um die Konsequenz der Gewalt handelt, die die Deutschen am lebenden Körper der Adelsrepublik begingen“ [Dokument Nr. 57].

Von der Beseitigung der Folgen der deutschen Herrschaft war nicht allein die deutsche Minderheit in Polen betroffen; betroffen war auch eine nicht näher zu bestimmende Anzahl von Polen, die sich nach der mehr als hundertjährigen preußischen Herrschaft zum Teil mit der vergangen Zeit identifizierten und auch weiterhin ihre Familienbande und gesellschaftliche Beziehungen zu den Deutschen nicht aufgaben. So erließ der Oberkommandierende der Schlesischen Polizei in Katowice einen geheimen Runderlaß, in dem er eine Namensliste der Polizeibeamten anforderte, deren Ehefrauen dem Deutschen Volksbund, einer Minderheitsorganisation, angehörten und Deutsche oder „deutscher Gesinnung“ waren. Er mahnte auch eine Liste mit Namen der Polizeibeamten an, deren Kinder eine deutsche Schule besuchten [Dokument Nr. 354]. Im selben Jahr wies derselbe Oberkommandierende in einem geheimen Erlaß darauf hin, daß protestantische Polizeibeamte am deutschen Gottesdienst teilnahmen und ordnete an, dieses solange zu unterbinden, bis polnische protestantische Gottesdienste abgehalten würden [Dokument Nr. 355]. Noch im Juni 1939, als die deutsch-polnischen Beziehungen bereits äußerst gespannt waren, befahl der Oberkommandierende, vertrauliche Beziehungen „zu Personen, deren Loyalität zum polnischen Staat nicht sicher ist“ abubrechen [AP Katowice, *Policja woj. śl.*, 22]. Und noch ein Beispiel: 1925 sammelte der Bund zur Verteidigung der Westlichen Grenzmarken ohne Absprache mit den staatlichen Behörden Unterschriften unter einen Protest gegen eine angebliche Abtrennung Pommerellens und Oberschlesiens von Polen; derartige häufig umlaufende Gerüchte waren Ausdruck fehlender sozialer und politischer Stabilität innerhalb der polnischen Bevölkerung. Im Grenzkreis Konitz [Chojnica] erwies sich die Unterschriftensammlung als kontraproduktiv. Der Starost von Chojnica schrieb in seinem monatlichen Lagebericht (für Oktober 1925), die Bevölkerung würde vermuten, daß an den Gerüchten etwas Wahres daran sei: „lediglich ein Prozent der Bevölkerung unterschrieb [den Protest]“ und „in nationaler Hinsicht ist dieser Kreis äußerst bedroht“ [Dokument Nr. 57]. Kann man in solchen Fällen von einem Staatsvolk sprechen?

Außer dem bereits genannten Deutschtumsbund, der aus dem Deutschen Volksrat in Posen hervorgegangen war, bestand nach seiner Auflösung das Sejmbüro für Posen und

Pommerellen²⁸ in Bromberg, das von den deutschen Sejmagbeordneten gegründet worden war. De facto war es die führende Organisation der deutschen Minderheit in Polen. 1934 wurde ebenfalls in Bromberg die Deutsche Vereinigung für Posen und Pommerellen gegründet, die faktisch die Fortsetzung des Sejmbüros darstellte. Das Entstehen der DV war die Antwort auf die verstärkte, sich nun bereits über ganz Polen erstreckende Tätigkeit der oben erwähnten Jungdeutschen Partei (JDP), die 1930 gegründet worden war.

Die führende Organisation der deutschen Minderheit in Oberschlesien war der Deutsche Volksbund für Oberschlesien, und in Mittelpolen (im ehemaligen Russisch-Polen) war es der 1924 gegründete Deutsche Volksverband mit Sitz in Lodz. Daneben gab es zahlreiche politische Parteien der deutschen Minderheit, von denen die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens erwähnt werden sollte, die ihre Mitglieder vor allem in Lodz und in Oberschlesien rekrutierte, ferner die oberschlesische Katholische Volkspartei (ab 1927 Deutsche Katholische Volkspartei; ab 1933 Deutsche Christliche Volkspartei). Ihr Vorsitzender war von 1927 bis zu seinem Tod im Jahre 1938 Dr. Eduard Pant. Es war eine Partei mit entschieden antinationalsozialistischer Prägung. Alle diese Organisationen und Parteien hatten ihre Schul- oder Bildungsabteilungen, außerdem bestand in Bromberg der Deutsche Schulverein, der für die in Versailles an Polen abgetretenen Gebiete zuständig war. Hauptsächlich in diesen Gebieten bestanden sehr zahlreiche Wirtschafts-, Genossenschafts-, kirchliche, Sport- oder auch Gesangsvereine. Die Vielfalt des Vereinslebens der Deutschen in Polen läßt sich gut in den hier veröffentlichten Lageberichten der polnischen Behörden ablesen.

Die meisten Parteien und Organisationen mit politischem Charakter (wie z. B. die Deutsche Vereinigung) hatten eine deutsch-nationale Färbung. Von dieser Regel wichen die Pansche Partei, die Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens und natürlich die Jungdeutsche Partei ab, die offen den Prinzipien des Nationalsozialismus huldigte. Ihre Aktivität nahm nach dem 30. Januar 1933, der „Machtübernahme“ deutlich zu. Nicht minder laut als ihre nationalsozialistischen Parolen verkündete sie die Loyalität ihrer Mitglieder gegenüber dem polnischen Staat.

Die Jahre 1934–1938 waren Zeugen eines nicht alltäglichen politischen Kampfes unter der deutschen Minderheit, den die JDP mit Hauptstoßrichtung gegen die DV begann, und der als Kampf der „Jungen“ gegen die „Alten“ bekannt wurde. In den hier veröffentlichten Dokumenten können wir seinen Niederschlag beobachten.

Vor Hitlers Machtantritt waren die polnischen Behörden scharf gegen die nationalsozialistischen Gruppierungen eingeschritten und hatten sogar die Erstellung einer Informationskartei angeordnet, um eventuell später das nationalsozialistische Organisationsnetz in Polen zerschlagen zu können [Dokument Nr. 362]. Noch im Mai 1933 wurde die Anwendung drastischer Maßnahmen empfohlen, doch sollte bereits der Schein gewahrt werden [AP Bydgoszcz, St. Pow. Grudz., 330, 19.5.33, MSW do wojewodów]. Die Situation änderte sich, wenn auch nicht für lange, nach Unterzeichnung der deutsch-polnischen Nichtangriffserklärung (die JDP verkündete schließlich die Ideologie der herrschenden Partei in Deutschland) und auch nach Beginn des Kampfes zwischen „Alten“ und „Jungen“. Der Posener Wojewode schrieb am 30. März 1934 an seine Starosten, daß „die JDP die ungewöhnlich geschlossene deutsche Front in der Wojewodschaft Posen aufbricht; ihre Tätigkeit ist aus taktischen Gründen als nützlich anzusehen, und ihren politischen

²⁸ Nach Heike, wie Anm. 25, S. 47 ff.

Aktivitäten sind keine besonderen Hindernisse in den Weg zu legen“ [Dokument Nr. 225]. Diese Situation änderte sich in der zweiten Hälfte des Jahres 1936.

War der Kampf der „Jungen“ mit den „Alten“ vom Reich aus gesteuert? Selbstverständlich ja, obwohl eine solche Steuerung nicht im Sinn einer historischen Verschwörungstheorie zu verstehen ist, d. h. als dämonische Entfesselung des Kampfes durch ein Führungszentrum zur Durchsetzung festgelegter Ziele. Mit dem Problem der deutschen Minderheit in den „losgerissenen Gebieten“ (vor allem in Polen, in Nordschleswig und Litauen im Memelgebiet) befaßte sich die bereits 1920 ins Leben gerufene Deutsche Stiftung, an deren Spitze ohne Unterbrechung Erich Krahmer-Möllenberg stand. Die Deutsche Stiftung sammelte für einzelne Ressorts, hauptsächlich für das Auswärtige Amt (AA), Informationen über das politische, soziale und wirtschaftliche Leben der deutschen Minderheiten und vermittelte auch deren Finanzierung. Ziel war vor allem, die Bindungen dieser Minderheiten an das Reich zu erhalten²⁹. Es gab noch eine Reihe ähnlicher Hilfsorganisationen, doch die Deutsche Stiftung spielte dabei ohne Zweifel die Hauptrolle. Die politische Couleure der Deutschen Stiftung wie auch Krahmer-Möllenbergs war deutsch-national. Dienstlich unterstand er – wenn natürlich auch nicht formal – dem Auswärtigen Amt. Als Chef der Deutschen Stiftung unterhielt er enge Kontakte mit deutschen Minderheitsführern in Polen, deren politische Sympathien gleichgelagert waren.

Die Situation änderte sich, nachdem die Nationalsozialisten die Macht übernommen hatten. Deutschlands neue Führer waren an der Verbreitung der nationalsozialistischen Weltanschauung interessiert, nicht nur im Reich, sondern auch unter den deutschen Minderheiten, namentlich in den „abgetrennten Gebieten“. Damit sollten indirekt auch die Einflüsse der NSDAP im Reich gestärkt werden. Es ist daher auch nicht verwunderlich, wenn die JDP von ihr Unterstützung erhielt. Das Problem bestand jedoch darin, daß der institutionelle Rahmen, in dem das Reich mit den deutschen Minderheiten verkehrte, zunächst derselbe blieb. Es blieben auch dieselben Leute; die Person Erich Krahmer-Möllenbergs kann hier als *pars pro toto* dienen. Diesen institutionellen Sachverhalt für das ganze „neue“ Deutschland hat Hans Mommsen am besten erfaßt: „Die staatliche Verwaltung ist ein grundlegendes Element geschichtlicher Kontinuität und – das gilt auch für das Dritte Reich – die Voraussetzung jeder dauerhaften inneren wie äußeren Machtentfaltung. [...] Die Homogenität der Reichsministerialverwaltung blieb, abgesehen von den neugeschaffenen Ministerien, weitgehend erhalten“³⁰. Es blieb also bei der bisherigen Besetzung des Auswärtigen Amts, und es blieb Krahmer-Möllenberg an der Spitze der Deutschen Stiftung. Selbstverständlich nahmen diese Institutionen (wie auch andere) nationalsozialistische Tarnfarben an. Für einige ihrer Vertreter wurden sie im Laufe der Jahre zu ihrer eigenen Farbe.

Krahmer-Möllenberg schrieb in einer Denkschrift vom Januar 1935 an das Reichswehrministerium, wo er Unterstützung für seinen Standpunkt suchte, die alten Führer der deutschen Minderheit in Polen seien der Ansicht, daß die nationalsozialistische Gleichschaltung der Deutschen in Polen für sie eine Gefahr darstelle [vermutlich meinte er von polnischer Seite, obwohl das nicht ganz sicher ist – M.W.], die JDP würde die „Alten“ als Reaktion bekämpfen, die Jugend im Reich dagegen wolle der JDP in ihrem Kampf beistehen; dabei würde sie von Stimmen der Parteipresse im Reich unterstützt.

²⁹ Krasuski, wie Anm. 10, S. 169 ff.

³⁰ Hans Mommsen, *Das Beamtentum im Dritten Reich*, Stuttgart 1966, S. 14 f.

Es ging hier selbstverständlich nicht um die deutsche Jugend, sondern um die Führung der NSDAP, da man die Dinge schwerlich beim Namen nennen konnte. Krahmer-Möllenberg äußerte in dieser Denkschrift folgende Ansicht, die den Kern des Problems trifft: „Ein Auseinanderfallen zwischen Volkspolitik und Reichsaußenpolitik muß zu einer ernststen Gefahr für beide werden. *Es ist daher ein unbedingtes Erfordernis, daß die Führung der Außenpolitik des Reiches das letzte, entscheidende Wort in der Volkstumspolitik hat*“ [Hervorhebung M.W.]³¹. Es sollte jedoch genau umgekehrt kommen, und jener Krieg „in den oberen Etagen“ des Reiches fand seinen Niederschlag dann im Kampf der „Jungen“ gegen die „Alten“ in Polen.

Auf Seiten der JDP stand ganz eindeutig die Gestapo – diesmal als Hüter der nationalsozialistischen Weltanschauung; sie konnte mitunter direkt in den Kampf der „Jungen“ gegen die „Alten“ eingreifen. So begab sich z. B. aufgrund von Beschwerden der JDP bei der Gestapo im grenznahen Schneidemühl der dortige Vertrauensmann nach Sepólno, um an Ort und Stelle den Streit zwischen JDP und DV zu untersuchen (Winter 1934/35). Ein ähnliches Eingreifen ist zur selben Zeit bei der Stapoleitstelle in Elbing zu vermerken. In ihrem Bericht wurde Krahmer-Möllenberg scharf kritisiert, insbesondere weil – nach Ansicht der JDP – Geld aus dem Reich für die DV floß, die es an die kleinen Leute verteilte und sie auf diese Weise für sich gewann³². Im übrigen stand die Tätigkeit der DV in den Grenzkreisen auch ohne Vermittlung der JDP unter wachsamer Beobachtung der Gestapo. In einem Schreiben an das AA vom 6. April 1935 berichtete die Gestapozentrale sicherlich mit einiger Übertreibung, daß im Kreis Ostrowo auf einer DV-Versammlung ein Vertreter der JDP zum Eintritt in seine Partei aufgerufen habe, doch lediglich von den auf der Versammlung anwesenden polnischen Polizeibeamten Applaus erhalten habe³³.

1936 traf man in Berlin Anstalten zur organisatorischen Gleichschaltung der Deutschen in Polen. Dies geschah unter der Schirmherrschaft der par excellence nationalsozialistischen Volksdeutschen Mittelstelle, die damals allerdings noch nicht den Status einer Reichsbehörde besaß. Anfang Mai 1936 wurde auf einem Treffen im Auswärtigen Amt auf Vorschlag von Dr. Kursell von der Volksdeutschen Mittelstelle in Anwesenheit des Posener und Thorner Konsuls Einigkeit darüber erzielt, daß es von Seiten des Reiches eine einheitliche Vorgehensweise gegenüber den Deutschen in Polen geben müsse; denn gegenwärtig würden sich „Alte“ wie „Junge“ jeweils auf Gespräche in Berlin berufen. Dr. Kursell eröffnete den Versammelten, daß „Berlin“ (lies: Parteiorgane) nach eigenem Gutdünken entscheiden würde, mit wem es in Polen zu sprechen habe und daß sich das auf der finanziellen Seite niederschlagen würde. Dies war eine deutliche Drohung, die sich an das AA und die mit ihm verbündeten „Alten“ in der DV richtete³⁴. Wenn es um

³¹ Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (weiter PAAA), IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 34. Der deutsche Generalkonsul in Thorn, ein überzeugter Anhänger der „Alten“, schrieb in seinem Bericht vom 16.2.1935 an das AA, daß die JDP, vor allem in den Grenzkreisen vollkommen totalitär handele. Der Konsul unterstrich, daß die Deutsche Vereinigung fest auf dem Boden des Nationalsozialismus stehe und man sie nicht mit den Deutschnationalen, also der Reaktion, vergleichen könne (ebd.). Einige Monate später (15.10.1935) berichtete derselbe Generalkonsul nach Berlin, daß die „Alten“ bis in die Knochen Nationalsozialisten seien, die aber zur Mäßigung aufriefen; denn gewisse Dinge „kann man nur im Herzen tragen“ (PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 36).

³² PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 20.

³³ PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 34.

³⁴ PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 24.

Geld ging, wurde die Sache ernst. Das AA hatte seit jeher über dieses Geld verfügt und verfügte auch weiterhin darüber und verteilte es unter die „Alten“³⁵

Im Mai 1938 wurden nach langwierigen Verhandlungen mit den Führern der untereinander zerstrittenen deutschen Minderheit in Polen konkrete Schritte in Richtung einer „organisatorischen Vereinheitlichung“ unternommen. Und zwar strebte man die Schaffung eines „Bundes der Deutschen in Polen“ an. Die führenden Minderheitenfunktionäre aus ganz Polen wurden abermals unter der Schirmherrschaft der Volksdeutschen Mittelstelle nach Berlin eingeladen³⁶. Dieser Schritt stieß auf heftigen Widerstand des Auswärtigen Amts, das keine Verschärfung der Beziehungen zu Polen wünschte, wozu die Schaffung eines Bundes der Deutschen in Polen hätte führen müssen – und in der Folge zu Repressionen von polnischer Seite. Auch deutsche Minderheitenführer widersetzten sich der Gründung eines Bundes der Deutschen in Polen³⁷; ihren Vorbehalt weckte die Person des Kandidaten der Volksdeutschen Mittelstelle für den Vorsitz, Ludwig Wolff vom Lodzer Deutschen Volksverband.

Es kam also nicht zur Gründung des Bundes der Deutschen in Polen und auch nicht zur organisatorischen Gleichschaltung; angesichts der sich seit Herbst 1938 verschärfenden deutsch-polnischen Beziehungen auf höchster Ebene war das auch nicht mehr nötig; denn die instrumentale Rolle der deutschen Minderheit in Polen war in der Politik des Reichs gegenüber Warschau in den Hintergrund getreten³⁸, und der Kampf der „Jungen“ gegen die „Alten“ hatte seine politisch-ideologische Rolle erfüllt. Die nationalsozialistische Weltanschauung hatte unter den Deutschen in Polen viele Anhänger gewonnen, und „Junge“ wie „Alte“ mußten sich um die Gunst des nationalsozialistischen Berlins bemühen.

³⁵ Die Finanzierung der deutschen Minderheit in Polen bestand vor allem in der Erteilung billiger Kredite zur Unterstützung einer wirtschaftlichen Tätigkeit, auch in der Landwirtschaft, und in der Dotierung der Bildungstätigkeit und im Schulwesen. 1936 beriet das AA mit der deutschen Botschaft in Warschau über eine Einschränkung der Finanzhilfe; auch die Devisen waren knapp geworden. Die deutsche Minderheit sollte, wie es in dem Vorschlag des AA hieß, auf sich selbst zählen, und ihre Finanzierung sollte – anders als bisher – diese psychologische Umstellung der Minderheit fördern, die Festigung des Heimatgefühls mit dem Boden und ihre Vorbereitung auf den Kampf gegen den Bolschewismus (PAAA, P. III, 2a, Bd. I, Denkschrift des Legationsrates von Twardowski, 30.11.1936). Den Umfang der Finanzhilfe für die deutsche Minderheit in Polen illustriert die summarische Bilanz für 1938. Damals wurden für wirtschaftliche Ziele Kredite in Höhe von 1 493 000 RM erteilt (ebd., Inland II D). Es kam auch vor, daß Privatpersonen geholfen wurde. Im Dezember 1938 erwog das AA eine Sanierung der Finanzen des Senators der Republik Polen, Ervin Hasbach (DV). Von den notwendigen 60 000 RM sollte die Volksdeutsche Mittelstelle 40 000 RM und das AA die restlichen 20 000 RM geben (Archiv des Instituts für Zeitgeschichte (weiter: IfZg, NG – 039). – Hier sei hinzugefügt, daß die polnische Minderheit in Deutschland ebenfalls in den Genuß einer namhaften Finanzhilfe kam, die vom polnischen Außenministerium geleistet wurde.

³⁶ PAAA, P. III, 2a, Bd. II.

³⁷ Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik 1918–1945 (weiter: ADAP), Serie D (1937–1945), Bd. 5, S. 44, Anm. 3. Die in einem Schreiben des Oberkommandos der Schlesischen Polizei [AP Katowice, UWSI., 197 – 25.1.1939] erwähnte Nachricht, Chef der neuen Partei, d. h. des Bundes der Deutschen in Polen, solle Dr. Hans Kohnert (DV) werden, beruhte auf einem Gerücht und entsprach nicht der Wahrheit.

³⁸ Ende Februar/Anfang März 1939 fanden in Berlin deutsch-polnische Verhandlungen über beiderseitige Minderheitenprobleme statt. Das Reich versuchte in diesen Verhandlungen, aus der deutschen Minderheit ein effektives Instrument seiner Polenpolitik zu machen. Die Gespräche wurden infolge des polnischen Standpunkts erfolglos abgebrochen; es erschien nicht einmal ein gemeinsames Kommuniqué. Interessanterweise war der Leiter der polnischen Delegation, Żyborski aus dem Innenministerium, nicht gegen die Schaffung eines Bundes der Deutschen in Polen (PAAA, P. III, 2a, Bd. III; vgl. ADAP, V, Dok. 132, S. 145 f. und Dok. 134, S. 147 f. und Anm. auf S. 147).

Doch Hitler setzte seinen Willen durch. Am 2. August 1938 unterzeichnete er einen Erlaß, kraft dessen die Volksdeutsche Mittelstelle den Status einer Reichsbehörde erhielt und mit der Gesamtkoordination der Minderheitenfragen außerhalb wie innerhalb der Reichsgrenzen beauftragt wurde³⁹. Die Volkstumspolitik hatte ihren nationalsozialistischen institutionellen Rahmen erhalten.

2. Quellencharakteristik

Grundlage des hier veröffentlichten Quellenmaterials sind die Lageberichte der Wojewoden von Pomerellen, Posen und Schlesien sowie ihrer Starosten vor allem aus den uns interessierenden drei Grenzkreisen Grudziądz, Sepólno und Nowy Tomyśl. Die Quellen aus Oberschlesien betreffen den dortigen Industriebezirk; es sind – neben dem in den Wojewodschaftsämtern geschaffenen Aktenmaterial – hauptsächlich Polizeiakten. Damit ist gesagt, daß sich vorwiegend dieses Quellenmaterial der oberschlesischen Verwaltungsbehörden erhalten hat.

Die Lageberichte der Starosten sind am besten für den Kreis Nowy Tomyśl überliefert. Die Lageberichte der Wojewoden betreffen die deutsche Minderheit (nur die sie betreffenden Teile werden veröffentlicht) aus der gesamten jeweiligen Wojewodschaft; vor diesem Hintergrund sind die Lageberichte der Starosten eine Exemplifizierung der in den Berichten der Wojewoden enthaltenen „Gesamtschau“. Insgesamt erhält man ein Bild des politischen, wirtschaftlichen und Vereinslebens (Probleme des deutschen Schulwesens, der Sportvereine oder auch der Gesangsvereine), aber auch des religiösen Lebens der deutschen Minderheit in einem – das sei hinzugefügt – die politische Führung besonders interessierenden Bereich. Dieser Bereich war sehr groß. Die Behörden interessierten sich buchstäblich für alle Erscheinungsformen des Lebens der deutschen Minderheit. Dieses Bild ist jedoch unzweifelhaft verzerrt, vor allem im Fall von Quellen polizeilicher Provenienz, obwohl gerade diese Quellen mitunter Hinweise enthalten, die für den Polizeibeamten damals von nicht geringerem Interesse waren als für den Historiker von heute. Erinnert sei beispielsweise nur an die Bindungen schlesischer Polizisten an die deutsche Bevölkerungsgruppe.

Das dergestalt gewonnene Bild des Lebens der deutschen Minderheit zeigt zugleich den politischen wie rechtlichen Rahmen, innerhalb dessen sich dieses Leben abspielte. Es läßt erkennen, was in der Alltagspraxis erlaubt war und was nicht toleriert wurde. Indirekt zeigen die Lageberichte also ebenso die politische Linie der Behörden wie auch die Veränderungen, die diese Politik gegenüber der deutschen Minderheit erfuhr. Nehmen wir den Starosten von Nowy Tomyśl, der sich in seinem Lagebericht für April 1932 rühmt, die örtliche deutsche Kreiszeitung – sicherlich das sprichwörtliche „Käseblatt“ – habe auf sein Verlangen den deutschen Kreisnamen „Wollstein“ im Titel in das polnische „Wolsztyn“ umgeändert [Dokument Nr. 245]. In demselben Kreis erhielten zwei Deutsche, die auf einer JDP-Versammlung die deutschen Namensformen „Rakwitz“ und „Neutomischel“ anstelle der polnischen „Rakoniewice“ und „Nowy Tomyśl“ verwendeten, eine hohe Geldstrafe von je 100 Zloty, was damals 50 RM entsprach [Dokument Nr. 258]. Allerdings geschah das bereits zu einer Zeit, als die polnische Politik gegenüber der deutschen Minderheit schärfer geworden war.

³⁹ IfZtg, NG – 4948. Vgl. ADAP, V, S. 142, Anm. 2.

Die Lageberichte der Wojewoden und Starosten zeigen jedoch vor allem das tägliche Leben dieser Minderheit. Das ist das Resultat einer tiefgehenden polizeilichen Infiltrierung des Lebens der hier ansässigen Deutschen. Als Gegenbeispiel mag ein Ausschnitt aus dem Lagebericht des Starosten von Nowy Tomyśl vom Januar 1931 gelten [AP-Poznań, St. Pow. N. Tom., 1546]. Der Starost berichtet darin, daß in der Wohnung des örtlichen Pastors wöchentlich Versammlungen stattfinden und schreibt: „Welche Fragen dort besprochen werden, ist nicht festzustellen, denn die Wohnung des Pastors ist unzugänglich, weil er allein wohnt und ausschließlich deutsche Dienstboten hat“.

Eine wichtige Aufgabe der Wojewoden und Starosten bestand darin, nach Anzeichen von Loyalität der Deutschen gegenüber dem polnischen Staat zu suchen und in ihren Lageberichten herauszustellen. Das Lackmuspapier hierfür gaben insbesondere die Gottesdienste ab, die nicht nur anlässlich der polnischen Staatsfeiertage, sondern auch aus Anlaß des Namenstages von Marschall Józef Piłsudski (19. März) und – ab 1937 – auch von Marschall Edward Rydz-Śmigły (18. März) abgehalten wurden⁴⁰. So fanden beispielsweise im März 1939 in der Wojewodschaft Posen in 31 protestantischen Kirchen Gottesdienste für den bereits seit vier Jahren nicht mehr lebenden Piłsudski und für Rydz-Śmigły statt, während in 47 evangelischen Gotteshäusern aus diesem Anlaß kein Gottesdienst stattfand [Dokument Nr. 235]. Man bedenke: 31 gegenüber 47, möglicherweise Tag auf Tag, und das aus Anlaß eines Namenstages, den die Protestanten nicht begingen. Das ist ein zweifelhaftes Zeugnis von Loyalität gegenüber einem Staat und letzten Endes auch ein zweifelhafter Mangel an Loyalität im Falle der Unterlassung religiöser Zeremonien; auf jeden Fall zumindest ein Beweis für die politische Obsession der Verwaltung, wie auch dafür, daß man ihrem Druck teilweise nicht nachgegeben hat. Das Alltagsleben der deutschen Minderheit und die Orientierung der polnischen Behörden darüber sei anhand des erschöpfenden Lageberichts des Posener Wojewoden für Mai 1937 exemplifiziert [Dokument Nr. 229].

Der Wojewode widmete der Ansprache viel Raum, die der deutsche Botschafter in Polen, Hans Adolf von Moltke, auf einem vertraulichen Treffen der Vertreter der deutschen Minderheit im Generalkonsulat in Posen gehalten hatte. Moltke befaßte sich dort mit der wirtschaftlichen Aktivität der Deutschen in Polen als einem Mittel zur Festigung des Deutschtums und zur Organisierung der nationalsozialistischen Gemeinschaft. „Die direkte Einwirkung von Faktoren aus dem Deutschen Reich auf die deutsche Minderheit in Polen“, schrieb der Wojewode, „wurde immer als sicher angesehen, doch fehlte es bislang an Beweisen“. Diese Worte zeugen davon, wie sorgfältig die aus dem Reich betätigten Steuerungsmechanismen kaschiert wurden. An Beweisen dafür fehlt es nicht, aber die Ansprache des Botschafters von Moltke war im Grunde genommen kein solcher Beweis.

Wenn der Wojewode feststellte, daß es zwischen „Jungen“ und „Alten“ zu einer Verständigung gekommen sei, lieferte er damit den Beweis einer sorgsam Überwachung des politischen Lebens der Deutschen in Polen, da – wie bereits erwähnt – 1936 im Reich Bemühungen Berlins um die Gründung eines Bundes der Deutschen in Polen sowie um eine Beilegung des Kampfes zwischen „Jungen“ und „Alten“ unternommen worden waren. Das praktische Ende des Kampfes und damit das Schwinden des Interesses der polnischen Behörden an einer taktischen Unterstützung der JDP, was eine

⁴⁰ Edward Rydz-Śmigły wurde am 11. November 1936 zum Marschall von Polen ernannt.

Schwächung der „Alten“ zur Folge gehabt hatte, trug zu einer Kursverschärfung gegenüber der JDP bei; Ausdruck dessen war das im Bericht des Wojewoden erwähnte Betätigungsverbot für diese Partei in Nowy Tomyśl. Als Begründung wurde angeführt, daß die Ortsgruppe der JDP dort in Uniform aufgetreten sei.

Der Eifer der Behörden bei der Observierung protestantischer Gottesdienste, nicht nur aus Anlaß von Namenstagen, sondern auch anläßlich des Nationalfeiertages am 3. Mai brachte eine detaillierte Statistik und Charakteristik dieser Gottesdienste hervor bzw. die Feststellung, daß solche nicht stattgefunden hatten. Beachtung verdient das Leitmotiv der Predigt von Pastor Glockzin in Nowy Tomyśl: Gebet Gott, was Gottes ist, und dem Kaiser, was des Kaisers ist.

Die Versammlungen der deutschen Minderheit nahmen im Lagebericht des Posener Wojewoden viel Platz ein. Traditionsgemäß wurden die von der DV und der JDP einberufenen Versammlungen getrennt besprochen. Die JDP berief wesentlich mehr Versammlungen ein als die DV, und diese hatten auch eine wesentlich höhere Teilnehmerzahl aufzuweisen. In dem uns hier interessierenden Kreis Nowy Tomyśl berief die DV im Mai 1937 sechs Versammlungen ein und veranstaltete drei Vergnügen, die JDP hingegen (die am 18. Mai vorläufig verboten wurde) schaffte zwölf Versammlungen mit einer Gesamtteilnehmerzahl von über 1 000 Personen (im Kreis Nowy Tomyśl lebten etwa 15 000 Deutsche).

Aufmerksamkeit verdient die Versammlung der JDP in Bromberg anläßlich des 1. Mai. Der Redner erklärte den Versammelten, daß „es sich überhaupt nicht lohne, das Wort zu ergreifen, da die Zensur ihm das Konzept der beabsichtigten Ansprache fast vollständig gestrichen habe“. Dieses Beispiel zeigt, daß die Behörden bei öffentlichen Versammlungen eine Präventivzensur anwendeten. Die JDP befand sich im übrigen unter aufmerksamer Beobachtung der Verwaltung, die sich einer tiefen polizeilichen Infiltration bediente. Es genügt, auf den erschöpfenden Bericht über den Verlauf der Sitzung der JDP-Geschäftsführer am 12. Mai in Posen zu verweisen; zu dieser Versammlung hatten die Veranstalter die JDP-Presse nicht zugelassen.

Viel Platz nimmt in dem hier analysierten Lagebericht die Tätigkeit der NSDAP ein. Sie hielt im Mai 1937 fünf Versammlungen ab, wobei gesagt werden muß, daß nur in Polen ansässige Reichsbürger Parteimitglieder sein konnten. Die Tätigkeit der NSDAP als einer in einem Drittland wirkenden Partei war zwar nicht erlaubt, wurde aber von den Behörden toleriert, die die damals korrekten Beziehungen zwischen Warschau und Berlin nicht stören wollten.

In einem umfangreichen Überblick über die deutsche Presse (DV und JDP getrennt) wurden jegliche Anzeichen von Loyalität gegenüber dem polnischen Staat aufgespürt, ausführlich aber auch das unisono enthusiastische Verhältnis zum Dritten Reich charakterisiert.

Unter höchst aufmerksamer Beobachtung standen das Wirtschafts- und Berufsleben, aber auch das religiöse Leben. Der Lagebericht bespricht diese Angelegenheiten sachlich und erschöpfend; wir erhalten so ein gutes Bild davon, wie diese Organisationen im Alltag funktionierten. Interessant stellt sich der Verlauf der Tagung der deutschen Metallhandwerker am 7. Mai 1937 in Bromberg dar. An ihr nahmen drei Redner aus dem Reich teil, ein Schlosser-, ein Schmiede- und ein Klempnermeister. Letzterer versuchte, in einem – wie man meinen sollte – ausgesprochenen Fachreferat über „Erziehung und berufliche Ausbildung des Nachwuchses im Metallhandwerk“ im Sinne einer nationalsozialistischen Indoktrinierung zu wirken. Er schloß seinen Vortrag mit einem „Sieg Heil!“ „zu Ehren Hitlers und des deutschen Volkes“.

Anders verlief die Feierlichkeit aus Anlaß des hundertjährigen Bestehens des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins am 6. und 7. Mai desselben Jahres in Posen. Der Verein hatte einen provinziellen Charakter, doch eine lange Tradition; es war keine wissenschaftliche Gesellschaft. Die Jubiläumsfeier fand bemerkenswerterweise im Sitz der Freimaurerloge statt, und der bekannte Atomphysiker Professor Hans Geiger aus Berlin zierte sie mit seiner Anwesenheit und einem Vortrag; Glückwünsche zum Jubiläum überbrachten fünf Professoren von der Posener Universität sowie zwei Professoren aus dem Reich. Der Wojewode merkte kritisch an, daß „die Überreichung des Ehrendiploms des Instituts für das Auslandsdeutschtum durch den Generalkonsul des Reiches in Anwesenheit von Vertretern der polnischen Wissenschaft einen spezifischen Beigeschmack hat und nicht frei ist von politischen Momenten, die in den Ansprachen vermieden wurden“.

Wir haben einen monatlichen Lagebericht des Posener Wojewoden aus dem Jahre 1937 einer ausführlichen Analyse unterzogen. An dieser Stelle ist anzumerken, daß analoge Lageberichte aus Oberschlesien auf eine noch eingehendere Observierung des Lebens der schlesischen Deutschen schließen lassen, was nicht nur ein Ergebnis der spezifischen Situation dieser Region bis zum Ablauf der Genfer Konvention im Jahre 1937 war, sondern auch der scharfen Politik des Wojewoden Michał Grażyński gegenüber der deutschen Minderheit. In den Berichten aus Schlesien fällt die hohe Aktivität der deutschen katholischen Vereinigungen auf.

Die Lageberichte sind an sich gewissermaßen eine tote Quelle; erst eine kritische Analyse erweckt sie zum Leben und macht es möglich, aus ihnen Erscheinungsformen des Alltags der deutschen Minderheit herauszufiltern: ihre Haltung im politischen und gesellschaftlichen Leben, darunter auch Elemente der polnischen Minderheitenpolitik und Maßnahmen von seiten des Reiches. Einen anderen Charakter haben die Quellen, die sich direkt auf die Politik gegenüber der deutschen Minderheit beziehen. Das ist Quellenmaterial, das konkrete Absichten und Maßnahmen der polnischen Behörden illustriert. Hierher gehören zu allererst Quellen, die summarisch die politische Einstellung der deutschen Minderheitsfunktionäre registrieren (die sogenannten Nationalitätenkataster), sodann Quellen, die das Verhältnis der polnischen Behörden zum deutschen Schulwesen belegen. Beginnen wir mit den zuletzt Genannten.

Im Schuljahr 1929/30 gab es in Polen 525 staatliche allgemeinbildende Schulen (Volkschulen) mit deutscher Unterrichtssprache und 243 Privatschulen, von denen sich die weitaus meisten im ehemaligen preußischen Teilungsgebiet befanden⁴¹. Im selben Schuljahr gab es zwei staatliche deutsche Gymnasien, 27 Privatschulen und sieben staatliche und kommunale Gymnasien mit Klassen mit deutscher Unterrichtssprache⁴², die ebenfalls größtenteils im ehemaligen Preußisch-Polen lagen. Die Privatschulen wurden aufmerksam von der Schulbehörde überwacht. Die Behörden waren bemüht, die Zahl der staatlichen allgemeinbildenden Schulen einzuschränken und achteten – nicht immer erfolgreich – darauf, daß polnische Kinder nicht auf eine deutsche Schule gingen. Ähnlich verfahren die Behörden auch in Oberschlesien, obwohl das nach der Genfer Konvention ausdrücklich verboten war.

⁴¹ Mieczysław Iwanicki, *Polityka oświatowa w szkolnictwie niemieckim w Polsce 1918–1939*, Warszawa 1978, S. 173.

⁴² Iwanicki, wie Anm. 41, S. 282.

Quellen illustrieren diese Maßnahmen der polnischen Behörden. Im Oktober 1925 wurden im Kreis Sępólno elf Lehrer entlassen, die „bekannt waren für ihre feindliche Einstellung zum Polentum“ [Dokument Nr. 57]. Im selben Jahr forderte der Polizeikommandant in Kattowitz von den ihm unterstellten Einheiten ein Namensverzeichnis derjenigen Eltern an, die einen Antrag gestellt hatten, ihr Kind von der polnischen auf die deutsche Schule zu überweisen [AP Katowice, Pol. woj. kat., 196], womit er gegen die Genfer Konvention verstieß. Es ist darauf hinzuweisen, daß die Schulbehörden von der Polizei unterstützt wurden. Nach Erlöschen der Konvention, aber auch nach Unterzeichnung der rein intentionalen deutsch-polnischen Minderheitenerklärung lösten die Behörden die „deutschen Klassen“ in den Schulen unbekümmert auf, was mitunter mit fehlender Kenntnis der deutschen Sprache bei den Schülern dieser Klassen begründet wurde [AP Katowice, UWSI., 579: Lagebericht für Sept. 1938].

In Oberschlesien diente die scharfe Minderheitenpolitik des Wojewoden Grażyński, insbesondere der Kampf mit dem deutschen Minderheitsschulwesen, einer strategisch durchdachten Integration der jungen Generation von Schlesiern, die vielfach ein schwankendes, ja sogar ein „doppeltes“ Nationalgefühl besaßen, in den polnischen Staat und das damals regierende Piłsudski-Lager. Diese Politik Grażyńskis stand im Gegensatz zur Konzeption der oppositionellen Christdemokratie und entsprach auch nicht dem Standpunkt der katholischen Kirchenführung, die ein Gleichgewicht zwischen katholischen Polen und katholischen Deutschen anstrebte, um ihre traditionell starke Stellung unter den Katholiken Oberschlesiens nicht zu gefährden⁴³.

In den von uns veröffentlichten Quellen zum Bildungswesen nimmt der Kampf der Verwaltungsbehörden gegen die sogenannten Wanderlehrer den ersten Platz ein. Diese Lehrer hielten einen geheimen Unterricht *sui generis* ab; denn als in Privathaushalten tätige Lehrer besaßen sie nicht die dafür erforderliche Erlaubnis der Schulbehörde, worum sie sich im übrigen auch gar nicht bemühten. Seit 1934 war nur der Religionsunterricht zu Hause gestattet [Dokument Nr. 224]. Die Arbeit der Wanderlehrer wurde von der Schulabteilung der Deutschen Vereinigung koordiniert⁴⁴. Wanderlehrer waren überwiegend in Posen und Pommerellen tätig. Ihr Lehrprogramm wich selbstverständlich von dem Programm ab, das in den staatlichen Schulen mit deutscher Unterrichtssprache galt.

Nach einem Schreiben der Deutschen Stiftung an das Auswärtige Amt in Berlin leisteten 29 Wanderlehrer 5750 Arbeitstage ab und unterrichteten in 4856 Ortschaften 22852 Kinder (1934)⁴⁵. In privaten deutschen allgemeinbildenden Schulen wurden im Schuljahr 1929/30 in ganz Polen 10853 Kinder unterrichtet⁴⁶. Ein Vergleich dieser beiden Zahlen erhellt das Arbeitsfeld der Wanderlehrer. Bezahlt vom Auswärtigen Amt via Deutsche Vereinigung hatten sie alle Hände voll zu tun, ähnlich wie die sie verfolgenden polnischen Behörden. Dieser Zustand führte auch dazu, daß die Wanderlehrer so häufig in den Quellen der Verwaltungsbehörden erscheinen, wohingegen sich der Ablauf des regulären deutschen (staatlichen und privaten) Schulwesens in Quellen jener Provenienz wesentlich weniger häufig widerspiegelt.

⁴³ Piotr Greiner, Olga Wieczorek, *Młode pokolenie Ślązaków wobec państwowości polskiej w latach trzydziestych XX wieku* [Die junge Generation der Schlesier gegenüber der polnischen Staatlichkeit in den dreißiger Jahren des 20. Jh.], in: *Przegląd Zachodni* Nr. 2 (1992), S. 94 ff.

⁴⁴ Iwanicki, wie Anm. 41, S. 255.

⁴⁵ PAAA, IV Po, Akten betr. Deutschtum in Polen, Bd. 20, Schreiben vom 18. März 1935.

⁴⁶ Vgl. Anm. 41.

Eine sehr wichtige Quelle zur polnischen Minderheitenpolitik stellen die bereits erwähnten sogenannten Nationalitätenkataster oder Nationalitätenbücher dar, um hier die Sprache der Quellen zu verwenden. Dabei handelt es sich um auf Kreisebene gesammelte genaue Angaben über die deutsche Minderheit: über ihre *sämtlichen* Vereinigungen einschließlich konfessioneller Zusammenschlüsse, über Immobilienbesitz und zu einzelnen Personen. Beispielsweise wurden getrennt geführt Verzeichnisse von Schulen inclusive einer Namensliste der Lehrer, gesondert Verzeichnisse römisch-katholischer (deutscher) und protestantischer Gemeinden zusammen mit einer Namensliste der Pfarrer und Pastoren. Im Katasterbuch nahm die Namensliste der bekanntesten deutschen Minderheitenvertreter im Kreis einen besonderen Platz ein, beigefügt waren eine Charakteristik der betreffenden Person und Bemerkungen über politisch unzuverlässige Personen.

Die Nationalitätenbücher wurden relativ spät eingeführt. Leider ist uns nicht die gesamte Entstehungsgeschichte dieser besonderen Registrierung der in Polen lebenden Deutschen bekannt, da das Quellenmaterial große Lücken aufweist. 1927 gab der Wojewode von Pommerellen den Starosten ein Schema vor, nach dem sie ihre Lageberichte anfertigen sollten und ordnete bei dieser Gelegenheit an, „unter Beachtung ihrer [der Deutschen] hohen Kultur, ihres hervorragenden Organisationssinns, ihres wirtschaftlichen Vermögens und bei alldem ihrer Voreingenommenheit gegenüber dem augenblicklichen auf den Prinzipien des Versailler Vertrags beruhenden politischen Zustand“ „eine Art [Hervorhebung M.W.] genaues Kataster“ zu führen, dessen Schema er ebenfalls vorgab [Dokument Nr. 59]. Die Anordnung, in der Wojewodschaft Posen nun bereits Nationalitätenbücher zu führen, gab der Wojewode am 10. April 1929, zweifellos aufgrund eines Erlasses des Innenministeriums, der an alle interessierten Wojewoden ergangen war [Dokument Nr. 217]. Der Wojewode von Pommerellen wies seine Starosten am 27. August 1931 an, das vorhandene Material zu überarbeiten, zu ordnen und zu ergänzen [Dokument Nr. 60]. Man wird daher annehmen können, daß 1927 der Gedanke auftauchte, diese Bücher zu führen, daß sie 1929 eingeführt und später korrigiert wurden, wobei letztere Tätigkeit in einer besseren Systematik, einer Ausweitung und Vertiefung der gesammelten Informationen bestand. So wies z. B. der Posener Wojewode 1932 im Rahmen der genannten Maßnahmen seine Starosten an, die Deutschen in „aktiv und passiv feindliche“ und „aktiv und passiv loyale“ einzuordnen; der Bereich eines jeden dieser Begriffe wurde in der Anweisung präzise bestimmt [Dokument Nr. 220].

Urmuster dieser so vervollkommenen Nationalitätenbücher sind die Verzeichnisse von politisch verdächtigen Personen. Ein solches Verzeichnis, das für den Kreis Sępólno aufgestellt wurde, wird hier veröffentlicht [Dokument Nr. 86]. Bereits 1923 hatte der Starost von Sępólno auf die Notwendigkeit hingewiesen, ein solches Verzeichnis zu modifizieren [Dokument Nr. 89].

Wir veröffentlichen zwei erhaltene Verzeichnisse von führenden Persönlichkeiten der deutschen Minderheit aus dem Kreis Nowy Tomyśl aus den Jahren 1933 und 1938 (beide nach dem Muster von 1929) [Dokumente Nr. 249, 259]. Auf der ersten Liste stehen 82, auf der zweiten 97 Namen. Einige davon wiederholen sich, aber es sind auch neue hinzugekommen. Die sehr summarische Charakteristik der einzelnen Personen betrifft hauptsächlich eine negative oder feindliche Einstellung zum polnischen Staat, wie beispielsweise „dem Polentum feindlich gesinnt; nahm aktiv Anteil am Grenzschutz während des Großpolnischen Aufstands. Haßt als Grenzschutz-Unteroffizier alles Polnische“. Wenn man berücksichtigt, daß – wie oben erwähnt – im Kreis Nowy Tomyśl rund

15 000 Deutsche lebten, dann stellten die sich auf der Liste befindlichen fast einhundert Personen, die die Behörden als feindlich ansahen, 0,7 Prozent der gesamten deutschen Bevölkerung des Kreises dar.

Im März 1939, als sich die deutsch-polnischen Beziehungen bereits sehr verschärft hatten, forderte der Posener Wojewode von den Starosten eine namentliche Aufstellung derjenigen Personen deutscher Nationalität, die an einen „abgesonderten Ort“ zu verbringen seien. Der Starost aus Nowy Tomyśl gab die Namen von fünf Personen an; von ihnen hatten sich nur zwei auf der Liste „führender Persönlichkeiten“ aus dem Jahre 1938 befunden [Dokument Nr. 261]. Es ist nicht bekannt, ob diese Personen bereits im März 1939 an einen „abgesonderten Ort verbracht“ wurden, oder ob es sich eher um die Vorbereitung einer Liste von Deutschen polnischer Staatsangehörigkeit handelte, die unmittelbar nach Ausbruch des Krieges, d. h. am 1. September 1939, interniert und nach Osten evakuiert wurden.

Zwar hatte die polnische Minderheitenpolitik bereits 1936 abermals eine andere Wendung genommen, aber „am eigenen Leibe“ bekam die deutsche Minderheit diese Kursverschärfung erst ab Sommer 1938 zu verspüren. Bezeichnend dafür ist die Feststellung des Starosten von Sepólno vom August 1938, daß „infolge einiger harter Schläge im Berichtszeitraum der Minderheitenabschnitt einer wesentlichen Pazifizierung unterlag“ [Dokument Nr. 109]. Auf Anordnung des Wojewoden von Pommerellen im Oktober 1938 wurde deutschen Gaststättenbesitzern die Schankkonzession für Alkohol entzogen [Dokument Nr. 110] und ab Anfang 1939 waren die Gründung neuer Ortsgruppen der JDP sowie grundsätzlich alle Versammlungen dieser Partei verboten [Dokument Nr. 233]. Gleichzeitig wurde angeordnet, mit aller Härte gegen antideutsche Ausschreitungen (Einschlagen von Scheiben, Wandschmierereien) einzuschreiten [Dokument Nr. 234]. Im Juni 1939 wurden die Kreisabteilungen der JDP von den Behörden aufgelöst und „die Tätigkeit des DV und des Vereins Deutscher Bauern verboten“ [Dokument Nr. 237], und Mitte Juli wurde angeordnet, die deutschen Molkereien wegen Nichtbefolgung der sanitären und bautechnischen Vorschriften zu schließen, wobei der Wojewode in seinem Kommentar zu dieser Verordnung gewunden erklärte, daß „aber ein Mißbrauch dieser Repressalien allein flüchtiger politischer Effekte willen nicht erfolgen darf. Auch Pressemeldungen sollten keine politischen Momente enthalten“ [Dokument Nr. 238].

In den letzten Wochen und Tagen vor Kriegsausbruch erstarb sämtliche Tätigkeit in den Organisationen der deutschen Minderheit. Das stellte der Starost aus Nowy Tomyśl *expressis verbis* in seinem Lagebericht für Juli 1939 fest [Dokument Nr. 271]. In den Quellen sind nun die täglichen summarischen Polizeimeldungen vorherrschend, in denen die Lage im betreffenden Gebiet gewöhnlich als ruhig und die Stimmung der Bevölkerung als patriotisch geschildert wird. Diese Idylle störte Armin Kutzner aus Trzcianka im Kreis Nowy Tomyśl. In der letzten erhaltenen Meldung an den Starosten von Nowy Tomyśl vom 30. August 1939 meldete der Schutzmann aus Kuślin, daß „der verdächtige Kutzner am 28.8.1939 bei der Arbeit auf dem Getreidespeicher im Gut Trzcianka sagte, daß Frankreich sich mit dem Arsch zum Wind zurückgezogen habe. Das heißt, daß Frankreich das Bündnis mit Polen gebrochen habe...“ [Dokument Nr. 273].

*

Mit der Veröffentlichung von Quellenmaterial, das polnische Verwaltungsbehörden auf Wojewodschafts- und Kreisebene in vier Grenzkreisen schufen, belegen wir die Politik staatlicher polnischer Behörden gegenüber der deutschen Minderheit in einem nicht sehr großen, doch repräsentativen Teil des ehemaligen Reichsgebietes (in den Grenzen von 1914). Dieses Material illustriert gleichzeitig das politische, soziale und religiöse Leben der Deutschen, die dort lebten. Dieses Leben, das unter anderen Bedingungen ablief als in der vorausgegangenen Epoche, war gekennzeichnet durch die Loslösung vom eigenen Staatswesen; es verlief losgelöst von der vom deutschen Bürgertum nicht akzeptierten Weimarer Republik und später ohne die täglichen, beschwerlichen Erscheinungen der nationalsozialistischen Diktatur, die in den in Versailles an Polen abgetretenen Gebieten allein durch die Tatsache ihres Bestehens stimulatив auf die nationalistisch eingestimmten „polnischen Deutschen“ wirkte, während die Politik des Dritten Reiches ihnen gegenüber diese Stimmungen nur noch intensivierte. Das wiederum rief Reaktionen der polnischen Behörden hervor. Die polnische Minderheitenpolitik wurde daher von den Deutschen in einem größeren Ausmaß als Politik der nationalen Unterdrückung empfunden, als sie es tatsächlich war. Das politische, soziale und konfessionelle Leben entfaltete sich bei allen Einschränkungen und beschwerlichen Schikanen der polnischen Behörden üppig, und nach 1933 genoß die deutsche Minderheit in Polen größere politische Freiheiten als die Deutschen im Reich. Das Ausmaß dieser Freiheiten, das *auch* für die Deutschen nach dem Maiumsturz von 1926 geringer geworden war (man denke z. B. an die Nationalitätenbücher oder an die polizeiliche Infiltrierung des religiösen Lebens), war jedoch nur zum geringeren Teil eine Funktion des schrumpfenden politischen Freiraums aller polnischen Bürger, zu einem größeren Teil war es die ganze Zeit über eine Funktion der deutsch-polnischen Beziehungen auf höchster Ebene und der Schritte, die das Reich nach 1933 gegenüber den „polnischen Deutschen“ unternahm. Das machte sich vor allem ein Jahr vor dem Überfall Deutschlands auf Polen bemerkbar. Insgesamt genommen war die polnische Minderheitenpolitik selbstverständlich sehr weit von einem Idealzustand entfernt. Doch konnte es damals anders sein?